
Sachanträge

Bezirksdelegiertentag 2016

Kreisverband Lingen (Antrags-Nr. 1)

„Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die Bundesregierung dazu auf, die Wohnimmobilienkreditrichtlinie zu ändern und die Vorgaben für die Kreditvergabe zu lockern.“

Begründung:

„Die Voraussetzungen für eine Immobilienkreditvergabe sind seit der Einführung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie viel zu hoch. Dies liegt vor allem daran, dass bei der Kreditwürdigkeitsprüfung der Immobilienbesitz nicht mehr einberechnet wird und Menschen ein überdurchschnittlich hohes Einkommen benötigen. Das hat zur Folge, dass gerade junge Menschen und Rentner keinen Kredit mehr für Bau- oder Renovierungsarbeiten erhalten.

Zudem vergeben Banken nach aktueller Rechtslage nur noch Kredite, wenn die statistische Lebenserwartung des Darlehensnehmers länger als die Laufzeit des Darlehens ist. So erhalten Personen mit Immobilienbesitz über 60 Jahre keinen Immobilienkredit mehr.

Die Regelungen sind auf Grundlage einer EU-Richtlinie mit dem Hintergrund der spanischen und englischen Immobilienkrise umgesetzt worden – Eine so drastische restriktive Kreditvergabe passt aber nicht zur Situation in Deutschland.“

Votum der Antragskommission: Annahme

Kreisverband Osnabrück-Land (Antrags-Nr. 2)

Die Junge Union Osnabrück-Emsland setzt sich dafür ein im Landkreis und der Stadt Osnabrück, dem Emsland und der Grafschaft Bentheim vermehrt Schnellladestation für Elektromobilität zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Elektromobilität ist ein wichtiger Faktor der Zukunft. Schnellladestationen werden immer wichtiger, da immer mehr Menschen E-Autos fahren. Mit den momentan Reichweiten ist allerdings auch immer vorherige Planung der Strecke mit Stops an Schnellladestationen nötig. Unser Bezirk darf dabei kein Graubereich sein! Außerdem wollen wir uns dafür einsetzen, dass in Zukunft E-Mobilität spontaner sein kann und nicht langer Planung bedarf.

Votum der Antragskommission: Annahme

Kreisverband Aschendorf–Hümmling (Antrags-Nr. 3)

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die grundsätzliche Erweiterung der Führerscheinklasse T für Zugmaschinen einer bauartbedingten Höchstgeschwindigkeit von 60km/h, bzw. für Fahrer unter 18 Jahren 40km/h.

Begründung:

Die aktuelle gesetzliche Situation sieht vor, dass Fahrzeuge mit der Führerscheinklasse T nur im land- und forstwirtschaftlichen Gebrauch geführt werden dürfen. Diese Regelung ist in der Praxis sehr irreführend. Insbesondere im Bereich der landwirtschaftlichen Lohnunternehmen kommen Fahrzeugführer immer wieder in strafrechtlich relevante Situationen, obwohl sich keine Gefährdung für den Straßenverkehr ergibt. Die Befähigung zum Führen des Fahrzeugs sollte das relevante Kriterium für die Anwendbarkeit der Führerscheinklasse T sein.

Beispiel:

Fährt der Angestellte eines Lohnunternehmens Getreide vom Feld ab, ergeben sich keine Probleme. Sobald der Lohnunternehmer aufgrund der wirtschaftlichen Verhältnisse umdisponiert und mit seinen Fahrzeugen für einen Tiefbauunternehmer Erde transportiert wird es schwierig. Der Fahrer begeht eine Straftat indem er ein Fahrzeug ohne Führerschein fährt. Es kommen empfindliche Strafen auf den Fahrer zu, obwohl sich die Befähigung das Fahrzeug zu lenken nicht ändert. Hätte er die Erde nicht für den Tiefbauunternehmer gefahren, sondern mit der Erde einen landwirtschaftlichen Zweck erfüllt, wäre die gleiche Fahrt straffrei geblieben.

Votum der Antragskommission: Annahme

Kreisverband Osnabrück–Stadt (Antrags-Nr. 4)

Die Junge Union Osnabrück–Emsland fordert die Niedersächsische Landesregierung, den Niedersächsischen Landtag sowie die Bundesregierung dazu auf, folgende im Bundesverkehrswegeplan festgehaltene Maßnahmen zeitnah zu realisieren

- Den sechsstreifigen Ausbau der A 30 zwischen dem Autobahnkreuz Lotte und Osnabrück–Süd
- Den sechsstreifigen Ausbau der A 1 zwischen dem „Ahlhorner Dreieck“ und Münster

Sachanträge zum BDT 2016

- Den Lückenschluss der A 33 Nord zwischen Belm und der A 1 bei Wallenhorst
- Einordnung des Stichkanals Osnabrück in die Kategorie C des Kernnetzes
- Beseitigung des Schienenengpasses zwischen Minden und Hannover

Begründung:

Die Verkehrssituation im Raum Osnabrück–Emsland ist verbesserungsbedürftig. Dies gilt gleichermaßen für die Bundesfernstraßen wie auch für die Schienenwege. Darum begrüßt die Junge Union Osnabrück–Emsland die Einstufung wichtiger Projekte in den Vordringlichen Bedarf des Entwurfs des Bundesverkehrswegeplans 2030:

- 1) Der sechsstreifige Ausbau der A 30 zwischen den Autobahnkreuzen Lotte/Osnabrück und Osnabrück–Süd ist dringend erforderlich, um die bereits heute bestehende Überlastung zu bewältigen. Das Verkehrsaufkommen wird auch künftig weiter überdurchschnittlich wachsen: Denn die A 30 ist Bestandteil des Transeuropäischen Verkehrskorridors Nordsee – Baltikum und damit einer der bedeutendsten West–Ost–Achsen. Auch wird der Verkehr durch die Fertigstellung der Umgehung von Bad Oeynhausen im Jahr 2018 und der A 33 Süd zwischen Bielefeld und Osnabrück im Jahr 2019 steigen. Darüber hinaus hat die A 30 als Süd–umfahrung eine wichtige und zunehmende Entlastungsfunktion für den innerstädtischen Verkehr Osnabrücks. Weil die Planungen dieses Ausbaivorhabens noch nicht begonnen worden sind, sollte in der Übergangszeit die Verkehrssteuerung in diesem Bereich durch Telematikanlagen verbessert werden. Telematik (zusammengesetzt aus Telekommunikation und Informatik) ist eine Technik, welche die Bereiche Telekommunikation und Informatik verknüpft. Sie ermöglicht eine intelligente Verkehrsführung, mit deren Hilfe Verkehrsströme beeinflusst werden können, z. B. durch Warnhinweise oder Geschwindigkeitsbeschränkungen, aber auch Umleitungsempfehlungen.
- 2) Mit dem Lückenschluss der A 33 Nord zwischen Belm und der A 1 bei Wallenhorst wird ein wichtiges nationales Fernstraßenprojekt vollendet. Die A 33 verbindet den Nordwesten Deutschlands mit dem Raum Hessen/Kassel. Sie verbessert zudem die Erreichbarkeit zwischen den Oberzentren Bielefeld und Osnabrück und schließt den Autobahnring um die Stadt Osnabrück. Dies entlastet die Innenstadt, erhöht die Verkehrssicherheit, unter anderem durch die Möglichkeit eines LKW–Durchfahrtsverbotes, und schafft so wichtige Voraussetzungen für die Neuordnung des innerstädtischen Verkehrs.
- 3) Die Beseitigung des Schienenengpasses zwischen Minden und Hannover durch einen viergleisigen Ausbau verbessert die Leistungsfähigkeit und damit die Zuverlässigkeit und Geschwindigkeit auf der West–Ost–Achse erheblich. Dies schafft die Voraussetzungen für eine weitere Verkehrsverlagerung von der Straße auf die Schiene im Personen– wie im Güterverkehr. Die zusätzlichen Kapazitäten sollte auch für die seit langem angestrebte Taktverdichtung im schnellen Schienenpersonenverkehr auf der Achse Amsterdam – Osnabrück – Hannover – Berlin genutzt werden.

Sachanträge zum BDT 2016

In eine möglichst hohe Dringlichkeitsstufe aufgenommen sollte auch der Ausbau der Schienenstrecke zwischen der deutsch-niederländischen Grenze bei Bad Bentheim und Löhne für höhere Geschwindigkeiten bis zu 200 km/h. Dieses Vorhaben ist im BVWP-Entwurf als Projekt des „Potentiellen Bedarfs“ enthalten, aber noch nicht abschließend bewertet. In Verbindung mit der Beseitigung des Schienenengpasses Minden – Wunstorf kann die Verringerung der Fahrzeit die Attraktivität der Schiene deutlich verbessern.

4) Der Ersatzneubau von zwei Schleusen am Stichkanal Osnabrück ist in den Entwurf des Bundesverkehrswegeplans für neue Vorhaben als weiterer Bedarf aufgenommen worden. Eine Vorplanung ist erfolgt. Die Finanzierung soll nach der abgeschlosseneren Vereinbarung zum Mittellandkanal erfolgen. Der Stichkanal ist bei der Netzkategorisierung in die Wasserstraßen außerhalb des Kernnetzes eingeordnet worden. Da die Transportmenge mit 597 305 t im Jahr 2015 nur wegen der eingeschränkten Schleusenöffnungszeiten knapp kleiner als 0,6 Millionen t/a ist, entspricht die Kategorisierung nicht der aktuellen Situation. Daher ist es von zentraler Bedeutung, den Stichkanal in die Kategorie C des Kernnetzes einzuordnen.

Votum der Antragskommission: Annahme

Kreisverband Lingen (Antrags-Nr. 5)

„Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert ein starkes Bekenntnis zu den geplanten Freihandelsverträgen TTIP und CETA.“

Begründung:

„Freier Handel hat unser Land reicher gemacht als jemals zuvor. Der Export an Waren macht jährlich fast 40% unserer gesamten Wirtschaftsleistung aus und übersteigt unsere Importe per anno um über 200 Milliarden Euro (Angaben der Bundesbank:

https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Dossier/Service/schule_und_bildung_kapitel_7.html?notFirst=true&docId=145166). Millionen Arbeitsplätze in unserer Heimat hängen am freien Handel, das beginnt bei Weltkonzernen der Autoindustrie und endet bei kleinen Mittelständlern in unserer Region. Kein anderes Industrieland lebt derartig vom Export und ist daher so stark auf freien Handel angewiesen wie Deutschland. Gleichzeitig leidet kein anderer großer Wirtschaftsraum in den letzten Jahren unter einer so chronischen Wachstumsschwäche wie die EU. Deutschland braucht freien Handel, Europa braucht eine wirtschaftliche Perspektive, heute dringender denn je.

Die geplanten Freihandelsabkommen TTIP und CETA zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten und Kanada dienen dazu unnötige Handelshemmnisse abzubauen, Transaktionskosten zu senken und gemeinsame

Sachanträge zum BDT 2016

Standards zu schaffen – bisher führen unterschiedliche, aber gleichgerichtete Standards zum Beispiel für Autoscheinwerfer zur Notwendigkeit mehrfach ein aufwendiges Entwicklungsverfahren für sehr ähnliche Ergebnisse zu durchlaufen. Sie heben damit den Wohlstand auf beiden Seiten des Atlantiks und sind eine Chance hunderttausende Jobs zu schaffen.

Gleichzeitig unterstreichen sie die enge Partnerschaft des Westens. In einer Welt in der sich ökonomische und politische Macht zunehmend nach Asien in nicht demokratische Staaten verschiebt, ist auch das ein wichtiges Signal.

Leider schaffen es Linke bis weit in die Reihen der SPD und rechte Splittergruppen in seltener Einigkeit zunehmend den Diskurs über die besagten Abkommen zu vergiften. Ihre Argumente sind dabei so alt wie billig. Mal werden winzige Details der Abkommen herangezogen, um die ganzen Abkommen zu diskreditieren, Stichwort „Chlorhühnchen“, mal wird ganz offen mit einem dumpfen Antiamerikanismus für wirtschaftliche Abschottung geworben. Die Debatte über die Freihandelsabkommen gleicht in ihrer Argumentation und ihrem Niveau zunehmend der britischen Debatte für den Brexit und den wirtschaftspolitischen Ideen Donald Trumps.

Von links wird suggeriert Freihandel würde unseren Sozialstaat schleifen oder Handel mit den Vereinigten Staaten gleiche dem Handel mit einem Entwicklungsland, dessen Produkte gänzlich unsere Gesundheit bedrohen. Von rechts reicht schon die Überhöhung des Nationalen und die Ablehnung jeder Preisgabe nationaler Souveränität.

Wer so argumentiert kann im Grunde die Europäische Union rückabwickeln, sie fußt zuvorderst auf der Idee des freien Handels und gemeinsamer Verantwortung. Lange bevor über andere Politikfelder beraten wurde, wurde sie als Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl zur Abmilderung von Handelshemmnissen gegründet, übrigens gegen den Widerstand der politischen Linken und radikalen Rechten. Wer heute ernsthaft denkt freier Handel sei eine Bedrohung, hat das Wesen Europas nicht verstanden, wer gleichzeitig freien Handel mit Frankreich, Estland und Bulgarien innerhalb der EU für legitim, freien Handel mit den hochentwickelten USA und Kanada für gefährlich hält, widerspricht sich selbst.

Wenn aktuell immer öfter gefordert wird den Populisten nicht das Feld zu überlassen und mit unseren Werten und Inhalten dagegen zu halten, können wir dies nirgendwo besser als bei den Freihandelsabkommen TTIP und CETA. Es liegt an uns denjenigen, die den Wettbewerb fürchten und dem Protektionismus das Wort reden, die Überzeugungen Ludwig Erhards, denjenigen die lieber ein abgeschottetes Deutschland und Europa wollen, die Überzeugungen Konrad Adenauers entgegenzuhalten. Marktwirtschaft und Westbindung sind Teil der christdemokratischen

Sachanträge zum BDT 2016

Identität. Daher sind wir gefordert linken und rechten in der Debatte um TTIP und CETA endlich entschlossen entgegen zu treten und nicht zuzulassen, dass sie Deutschland und Europa diese Chance auf Wachstum und Wohlstand nehmen.“

Votum der Antragskommission: ohne Votum

Kreisverband Osnabrück-Land (Antrags-Nr. 6)

Die Junge Union Osnabrück-Emsland setzt sich für eine Förderung des Kaufs und der Sanierung von Altbauten insbesondere durch junge Menschen ein, die somit vorhandene Bausubstanz einem Neubau vorziehen.

Begründung:

Gerade in kleinen Städten und Gemeinden erleben, dass das Zentrum immer weniger bewohnt wird und langsam ausstirbt. Durch die natürliche Entwicklung einer Gemeinde werden Baugebiete immer weiter außerhalb des Zentrums und am Rand ausgewiesen. Gerade im Zentrum lieben viele ältere Einwohner. Sollten solche alten Bauten zum Verkauf stehen, genügt die vorhandene Bebauung häufig nicht den Ansprüchen von möglichen jüngeren Bewohnern, sodass ein kostspieliger Umbau nicht in Relation zu einem Neubau außerhalb des Zentrums steht. Hier kann durch finanzielle Unterstützung ein größerer Anreiz zum Umbau erfolgen.

Votum der Antragskommission: Ablehnung

Kreisverband Lingen (Antrags-Nr. 7)

„Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert ein klares Bekenntnis der Rot-grünen Landesregierung zum VW-Konzern.“

Begründung:

„Der Abgasskandal stellt den VW-Konzern vor eine herausfordernde Aufgabe, die es gemeinsam zu bewältigen gilt. Niedersachsen ist mit 20 Prozent der zweitgrößte Aktionär nach der Porsche-Holding PSE, welche nahezu 50 Prozent der Aktien hält. Die Enthaltung bei der Entlastung zweier Vorstandsmitgliedern ist zu hinterfragen. Die Aufarbeitung dieses Skandals ist zweifelsohne Aufgabe der Justiz. Ob eine Enthaltung aber hier zielführend ist, sei dahin gestellt. Hier sollte ein klares Bekenntnis der Landesregierung zum VW-Konzern erfolgen. Die Position im Aufsichtsrat sollte dazu genutzt werden eine Umstrukturierung und zukünftige Ausrichtung des Produktportfolios voranzutreiben. Es sollten Maßnahmen zusammen mit VW erarbeitet werden, wie die Elektromobilität in unserem Bundesland gefördert

Sachanträge zum BDT 2016

werden kann. So könnte VW das Produktportfolio erweitern und das Land Niedersachsen stellt die nötige Ladeinfrastruktur zur Verfügung.“

Votum der Antragskommission: Annahme

Kreisverband Grafschaft Bentheim (Antrags-Nr. 8)

„Die Junge Union Osnabrück-Emsland spricht sich für den Erhalt des IC-Halts am Bahnhof Bad Bentheim bei gleichzeitigem Ausbau der Fernverkehrslinie Bad Bentheim-Osnabrück-Löhne aus.“

Begründung:

„Es gilt, den IC-Halt am Bahnhof Bad Bentheim langfristig zu sichern. Dabei gewinnt der Bahnhof Bad Bentheim künftig mit der Reaktivierung der Strecke Bad Bentheim-Neuenhaus als Umsteigebahnhof weiter an Bedeutung. Auch wird die derzeit laufende Sanierung des Bahnhofs im Kurort Bad Bentheim die Attraktivität des Haltepunkts weiter steigern. In diesem Zusammenhang wird der Mittelbahnsteig angehoben und die Gleisanlage mit Aufzügen barrierefrei umgebaut. Das Bahnhofsgebäude wird neugestaltet.

Damit werden alle Voraussetzungen geschaffen, damit Bad Bentheim dauerhaft eine zentrale Mobilitätsdrehschreibe in der Region bleiben kann.

Die Junge Union Osnabrück-Emsland lehnt daher alle Szenarien und Planspiele hinsichtlich eines Wegfalls des IC-Halts am Bahnhof Bad Bentheim ab. Kritisiert wird in diesem Zusammenhang die im Sommer bekanntgewordenen Überlegungen im Rahmen einer deutsch-niederländischen Studie unter Federführung der Provinz Overijssel zur möglichen Streichung der Halte in Bad Bentheim und Rheine.

Anstatt über mögliche Zeitersparnisse durch das Streichen von Haltestellen zu diskutieren, sollten alle Akteure Ihre maximale Energie in die Verbesserung der Strecke und des Zugmaterials investieren. Hierzu gehören:

Verbesserung des Zugmaterials zum Beispiel durch lokbespannte Züge in IC(E)-Qualität; Anschaffung von Mehrsystemfahrzeugen, die den Lokwechsel überflüssig machen, sobald diese verfügbar sind; Ausbau der Strecke Bad Bentheim-Osnabrück-Löhne zu einer Schnellfahrstrecke.“

Votum der Antragskommission: Annahme mit Änderung

Sachanträge zum BDT 2016

Änderung: „Die Junge Union Osnabrück-Emsland spricht sich für den Erhalt der IC-Halte am Bahnhof Bad Bentheim und Rheine bei gleichzeitigem Ausbau der Fernverkehrslinie Bad Bentheim-Osnabrück-Löhne aus.“

Kreisverband Lingen (Antrags-Nr. 9)

„Die Junge Union Osnabrück Emsland fordert, dass die Kosten für die Beförderung der Schüler, in der Sekundarstufe II von staatlicher Stelle übernommen werden.“

Begründung:

„Die derzeitige Regelung sieht vor, dass zwar die Schülerbeförderung in der Sekundarstufe I staatlich finanziert wird, dies aber nicht für die Sekundarstufe II gilt. Gerade für Schüler aus einkommensschwachen Familien ist es nicht einfach die Beförderung ihrer Kinder zu finanzieren. Somit widerspricht dies dem Grundsatz allen den Zugang zu der gymnasialen Oberstufe zu ermöglichen.“

Votum der Antragskommission: Annahme

Kreisverband Osnabrück-Land: (Antrags-Nr. 10)

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fördert die Ansiedlung von jungen Landärzten insbesondere in kleineren Gemeinden und Städten. Hierzu werden neue Konzepte, wie die direkt Abwerbung von jungen Ärzten von Universität oder die Bereitstellung von ärztlichen Räumlichkeiten, sowie eine Starthilfe für Jungärzte in Auge gefasst.

Begründung:

Die medizinische Versorgung muss insbesondere im ländlichen Raum mindestens auf ihrem jetzigen Stand gehalten bzw. verbessert werden. Hierzu bedarf es neuer Konzepte, um den ländlichen Raum für junge Ärzte zu einem attraktiven Arbeitsumfeld zu gestalten.

Votum der Antragskommission: Nichtbefassung, da aktuelle Beschlussfassung

Kreisverband Aschendorf-Hümmling (Antrags-Nr. 11)

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die Stärkung der Imkereien und den Erhalt der heimischen Honigbiene – Einführung umfassender Kennzeichnungspflichten für Importhonige.

Sachanträge zum BDT 2016

Begründung:

Imker/-innen sind verpflichtet, ihren vermarkteten Honig zu kennzeichnen, um das Endprodukt vom Verbraucher bis zum Erzeuger zurückverfolgen zu können, d.h. für den Endverbraucher lässt sich anhand der angebrachten Adresse unmittelbar die Herkunft des Honigs feststellen. Die Regelungen des Deutschen Imkerbundes schließen u.a. mit ein, dass ein möglicher Zusatz mit regionaler Kennzeichnung für den Honig und nicht für den ortsansässigen Imker gilt, d.h. in einem Honigglas mit der Beschriftung „Honig vom Hümmeling“ befindet sich auch Honig vom Hümmeling. Fährt der betreffende Imker mit seinen Völkern zur Obstblüte ins „Alte Land“, handelt es sich zwar immer noch um Hümmelinger Bienen, aber beim geernteten Erzeugnis nicht mehr um Hümmelinger Honig.

Dem gegenüber stehen die sogenannten Mischhonige, wie sie regelmäßig im Lebensmitteleinzelhandel vorzufinden sind. Diese Honige werden überwiegend in großen Mengen importiert. Beim Zwischenhändler werden sie zu einer geschmacklich genießbaren Mischung vermengt. Auf den Gläsern befindet sich meist die Aufschrift „Mischung aus EG- und Nicht-EG-Ländern“. Es handelt sich folglich um Honig von Überall. Diese minimalistische Kennzeichnung halten wir nicht für ausreichend. Auch bei Mischhonigen sollte einer Nennung der einzelnen Herkunftsländer erfolgen.

Des Weiteren sollten insbesondere auf Gläsern mit Importhonigen Hinweise zur sachgerechten Entsorgung bzw. Reinigung der Gläser angebracht werden. Denn importierter Honig enthält aufgrund der Vermischungen mit hoher Wahrscheinlichkeit Sporen von Bienenkrankheiten wie z.B. der Amerikanischen Faulbrut. Diese ist zwar für den Menschen unschädlich, für ein befallenes Bienenvolk ohne rechtzeitigen Eingriff dagegen tödlich.

Zur Stärkung der Imkerei und zum Erhalt der heimischen Honigbiene spricht sich der Bezirkstag der Jungen Union Osnabrück-Emsland daher für die Einführung umfassender Kennzeichnungspflichten für Importhonige aus.

Votum der Antragskommission: Annahme

**Kreisverband Osnabrück-Land
(Antrags-Nr. 12)**

Die Junge Union Osnabrück-Emsland setzt sich für eine landkreisübergreifende Betrachtung des ÖPNV ein. Buslinien sollen auch so ausgebaut werden, dass kurze

Sachanträge zum BDT 2016

landkreisübergreifende Strecken ohne große Umwege über entfernte Bahnhöfe mit dem Bus in kurzer Zeit zurückgelegt werden können.

Begründung:

Der ÖPNV muss auch landkreisübergreifend ausgebaut werden, um eine gute Anbindung zwischen den Landkreisen zu gewährleisten. Fahrten, die über die Bahnhöfe Osnabrück–Rheine–Lingen führen und eine 2 stündige Fahrt für eine 30 km lange Strecke voraussetzen können keine echte Alternative für den ÖPNV sein.

Votum der Antragskommission: Annahme

Kreisverband Lingen (Antrags-Nr. 13)

„Die Junge Union Osnabrück Emsland fordert die Befreiung von der Zweitwohnsitzsteuer für Studenten.

Begründung:

„Die immer häufiger in Studentenstädten eingeführte Zweitwohnsitzsteuer hat zunächst nur einen marginalen direkten Effekt, da das zusätzliche Steueraufkommen nicht sonderlich hoch ist. Der indirekte Effekt ist jedoch schon bedeutender. Durch die Steuer übt die Gemeinde Druck auf die betroffenen Personen aus, um einen Wechsel des Erstwohnsitzes zu erzielen. Dadurch möchte man mehr Mittel aus dem Länderfinanzausgleich erhalten.

Betroffen sind hiervon zumeist die Studenten. Also diejenigen, die oftmals, aufgrund von keinem oder geringem Einkommen, hohem Mietaufkommen und steigenden Lebenshaltungskosten, sowieso schon klamm bei Kasse sind.

Es bleibt dem Studenten also die Wahl zwischen der Zahlung einer finanziell nicht unerheblichen Steuer (meist um die 10 % der Nettokaltmiete) oder dem Wechsel des ersten Wohnsitzes, was für nicht wenige mehr ist, als nur ein Blatt Papier.

Die defizitäre Haushaltslage vieler Städte darf deshalb nicht auf Kosten der Studenten ausgetragen werden.“

Votum der Antragskommission: Annahme

Kreisverband Grafschaft Bentheim: (Antrags-Nr. 14)

„Die Junge Union Osnabrück–Emsland spricht sich für eine zukunftsfähige und praxistaugliche Novellierung der Düngeverordnung aus. Die Junge Union unterstützt

Sachanträge zum BDT 2016

den Schutz des Grund- und Trinkwassers. Hierzu braucht es aber effektive Maßnahmen, die die Arbeit der Landwirte anerkennen, diese nicht überlasten und zu einer bestmöglichen Versorgung der Pflanzen führen.“

Begründung:

„Die landwirtschaftlichen Familienbetriebe in unserer Region wirtschaften nach guter fachlicher Praxis. Mit Ihrer landwirtschaftlichen Produktion sorgen sie dafür, dass wir jeden Tag qualitativ hochwertige Nahrungsmittel zu nie da gewesenen Preisen kaufen können. Daneben produzieren sie Energie (u.a. Biodiesel & Strom), damit die gesellschaftlich gewünschte Energiewende gelingen kann.

Wir als Junge Union Osnabrück-Emsland sind überzeugt davon, dass die Landwirtschaft eine der Zukunftsbranchen für unsere Region sein wird. Um dabei die knapper werdenden landwirtschaftlichen Flächen bestmöglich nutzen zu können, müssen die Landwirte aber die Ackerpflanzen und das Grünland bestmöglich mit Nährstoffen versorgen dürfen. Hierzu sind die Vorgaben der Düngeverordnung maßgeblich. Diese wird derzeit von der Bundesregierung in Abstimmung mit den Bundesländern und Brüssel überarbeitet.

Die Novellierung darf aus Sicht der Jungen Union Osnabrück-Emsland nicht zu einer Mangelversorgung der Pflanzen und zu einer ruinösen bürokratischen Überlastung der Landwirte führen. In diesem Zusammenhang lehnt die Junge Union Osnabrück-Emsland beispielsweise eine ideologische Einführung der Hoftorbilanz ebenso ab wie weitere Spielräume für die Kontrollwut der rot-grünen Landesregierung. Am Ende fallen die damit einhergehenden Kosten auf unsere Betriebe zurück. Sei es durch steigende Gebühren bei den Kontrollen, vgl. Lebensmittelkontrollen, oder durch höhere Steuern. Wir lehnen es – anders als die rot-grüne Landesregierung – ab, die Landwirte durch immer stärker steigende Bürokratiekosten zu erdrücken. Dies würde langfristig zu steigenden Betriebsaufgaben und damit zu einem beschleunigten Strukturwandel in der Landwirtschaft führen.

Leitgedanke der Jungen Union Osnabrück-Emsland war es immer Herausforderungen zu meistern, anstatt sie zu stigmatisieren. Daher fordern wir die zuständige Landesregierung in Hannover auf, umfangreichere Förderprogramme für Maßnahmen auf den Weg zu bringen, die eine effiziente Verteilung der Nährstoffe gewährleisten. Ferner soll sie sich für den Bestandsschutz bestehender JGS-Anlagen („Güllesilos“) einsetzen und Anreize setzen, damit notwendige neue Lagerkapazitäten unter den gebotenen Auflagen wirtschaftlich zu errichten sind.

Sachanträge zum BDT 2016

Die Junge Union fordert zudem langfristig Anreize, die den Einsatz von Mineraldünger zugunsten von Wirtschaftsdünger reduzieren. Hier schlummert viel Optimierungspotenzial, das durch positive Anreizstrukturen gehoben werden muss. Dabei sind alle Akteure aufgefordert, die Tierhaltung als Produzenten von Wirtschaftsdünger und damit als einen unverzichtbaren Baustein in der Kreislaufwirtschaft der Landwirtschaft anzuerkennen.“

Votum der Antragskommission: Nichtbefassung, da aktuelle Beschlussfassung

Kreisverband Lingen (Antrags-Nr. 15)

„Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die Städte auf, sich weiterhin für die Ausweisung neuer Baugebiete einzusetzen.

Begründung:

„Der demografische Wandel greift allgemein um sich. Auch wenn es diesbezüglich regional große Unterschiede hinsichtlich der zukünftigen demografischen Strukturen und dessen Auswirkungen gibt, versuchen viele Städte die Auswirkungen durch das Setzen auf Nachverdichtung abzumildern. Dieser Ansatz ist, auch in Bezug auf die Ökologie, sicherlich per se kein schlechter Einfall, kann jedoch nicht das allgemeine Mittel sein. Die Städte und Gemeinden leben, besonders im ländlichen Gebiet, von einer gesunden und zukunftsorientierten Ortsentwicklung. Lokale Grundschulen und Kindergärten, das Gewerbe und das Ehrenamt leben von einer funktionierenden Dorfgemeinschaft und benötigen auch junge Menschen, um sich zukunftsgerecht aufzustellen. Hierzu muss den jungen Menschen und besonders auch den jungen Familien die Möglichkeit gegeben werden, ihr eigenes Heim zu schaffen und sich so selbst eine Zukunftsperspektive vor Ort aufzubauen. Es gilt also mit Maß zu arbeiten, ohne nur noch den Blick auf die Nachverdichtung zu richten und dabei die Entfaltungsmöglichkeiten der jungen Leute vor Ort zu ermöglichen“

Votum der Antragskommission: ohne Votum

Kreisverband Grafschaft Bentheim (Antrags-Nr. 16)

„Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die niedersächsische Landesregierung dazu auf, sexuelle Vielfalt als fächerübergreifendes Unterrichtsthema vom Lehrplan zu streichen.“

Begründung:

„Seit 2014 gibt es in Niedersachsen einen neuen Bildungsplan, indem, ähnlich wie in Baden-Württemberg, das Thema Sexuelle Vielfalt aufgegriffen wird.

Sachanträge zum BDT 2016

Homosexualität, aber auch Bi-, Trans- und Intersexualität werden hier verbindlich thematisiert und zwar nicht von heterosexuellen Lehrern, sondern von persönlich Betroffenen, die sich Lehrer in den Unterricht holen sollen, um Wertneutralität sicher zu stellen. Aus Sicht der Jungen Union Grafschaft Bentheim können solche externen Partner nicht wertneutral mit der Thematik umgehen und beeinflussen die Schüler. Außerdem hat der Lehrer keine Kontrolle über den Auftritt seines externen Partners.

Das rot-grüne Bildungskonzept nimmt den Eltern zudem das Recht auf die Aufklärung und Erziehung ihrer Kinder, setzt die klassische Ehe herab und führt zur Frühsexualisierung.

Die Junge Union Osnabrück-Emsland sollte ein klares Zeichen für die im Grundgesetz geschützte Ehe von Mann und Frau setzen und entschieden gegen den Versuch vorgehen, sie nur zu einem von vielen Lebensmodellen zu degradieren.

Quelle: http://www.deutschlandfunk.de/bildungsplan-in-niedersachsen-kampf-um-sexuelle-vielfalt-im.680.de.html?dram:article_id=306406

Votum der Antragskommission: Ablehnung

**Kreisverband Aschendorf-Hümmling:
(Antrags-Nr. 17)**

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die Einführung des Impfausweises als Chipkarte.

Begründung:

Im Jahr 2012 wurde von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung die Kampagne „Deutschland sucht den Impfpass“ initiiert, die auf die Notwendigkeit der Masernimpfung informieren sollte. Entgegen der weit verbreiteten Meinung sind Masern keine harmlose Kinderkrankheit und der Impfausweis ist hierbei ein wichtiger Nachweis zur gesundheitlichen Kontrolle. Neben der Impfung von Masern dokumentiert dieser jegliche Arten von Impfungen und schützt durch die fortlaufende Aktualisierung nicht nur die eigene Familie und Freunde, sondern letztlich auch die gesamte Bevölkerung.

Das „gelbe Heft“ stellt seit Jahrzehnten das Format des Ausweises dar und wird durch die handschriftliche Eintragung und dem Aufkleben der entsprechenden Impfung beim Arzttermin gepflegt, wenn er denn vorhanden ist. Im Mittelpunkt des 21. Jahrhunderts steht

Sachanträge zum BDT 2016

der Begriff der Digitalisierung. Die Benutzung des Taschenkalenders kann hier beispielhaft genannt werden. Sie sind kaum noch zu erwerben und das Handy hat die Funktion übernommen. Im Hinblick auf die Relevanz des Impfausweises und der zunehmenden Digitalisierung, geht kein Weg an der Umgestaltung des Ausweises vorbei. Die Chipkarte im Portemonnaie ermöglicht die jederzeitige Kontrolle wichtiger Impfungen im Notfall und kann weltweit eingelesen werden.

Zur Förderung der Impfmotivation und dem schnellen, handlichen Nachweis der Impfungen spricht sich der Bezirkstag der Jungen Union Osnabrück-Emsland daher für die Einführung des Impfausweises als Chipkarte aus.

Votum der Antragskommission: Annahme mit Änderung

Änderung: Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die Einführung des digitalen Impfausweises. Dieser sollte vorzugsweise in den Personalausweis integriert werden.

Kreisverband Grafschaft Bentheim (Antrags-Nr. 18)

„Die Junge Union Osnabrück–Emsland fordert die niedersächsische Landesregierung auf, ein umfassendes pädagogisches Konzept zur Digitalen Bildung an allen Schulformen in Niedersachsen zu erarbeiten. Dieses muss insbesondere folgende Punkte beinhalten:

1. Die Landesregierung muss dafür Sorge tragen, dass der Erwerb von IT-Kenntnissen und Medienkompetenz fester Bestandteil der Lerninhalte und Lehrpläne an den niedersächsischen Schulen wird.
2. Die Landesregierung muss die Voraussetzungen dafür schaffen, dass alle Schulen in Niedersachsen über ausreichend infrastrukturelle Voraussetzungen verfügen, um mit digitalen Unterrichtsmethoden und Arbeitsmaterialien unterrichten zu können und dabei auf einem möglichst gemeinsamen technischen Entwicklungsstand sind.
3. Die Landesregierung muss die Lehrkräfte ausreichend im Umgang mit digitalen Unterrichtsmethoden und ihrer Anwendung schulen. Der Erwerb von IT-Kenntnissen und den Anwendungsmöglichkeiten von digitalen Unterrichtsmethoden sollte fester Bestandteil der Lehrerausbildung werden und insbesondere bei Fort- und Weiterbildungsangeboten hohe Priorität haben.“

Begründung:

Sachanträge zum BDT 2016

„Die Lebenswirklichkeit der Schülerinnen und Schüler in Niedersachsen ist digital. Grundlegende IT-Kenntnisse und Medienkompetenz werden auf dem Arbeitsmarkt vorausgesetzt. Überall werden mobile Endgeräte zur Kommunikation und Arbeit genutzt. Nur die Schulen befinden sich noch in der Kreidezeit.

Bundesbildungsministerin Johanna Wanka ist es zu verdanken, dass endlich wieder über eine Digitalisierungsoffensive an den Schulen gesprochen wird. In den nächsten fünf Jahren will sie massiv in den Ausbau der digitalen Infrastruktur in Schulen investieren. Mit einem 5-Milliarden-Euro-Programm sollen die rund 40 000 Schulen in Deutschland fit für digitale Bildung gemacht werden, in dem sie alle mit WLAN, modernen Rechnern und anderen technischen Hilfsmitteln ausgestattet werden. Während das Geld für diese notwendige digitale Infrastruktur vom Bund kommt, sollen die für Schulpolitik zuständigen Bundesländer Konzepte liefern.

Die rot-grüne Landesregierung hat die Digitalisierung an unseren Schulen bisher jedoch völlig verschlafen. Damit die Bundesmittel jedoch zweckbestimmt und 1:1 an die Schulen weitergegeben werden können, sobald sie fließen, muss bereits jetzt ein passendes pädagogisches Konzept erarbeitet werden.“

Votum der Antragskommission: Annahme

Kreisverband Osnabrück-Stadt (Antrags-Nr. 19)
--

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert den Niedersächsischen Landtag und die SPD-geführte Landesregierung dazu auf, kommunale Theater durch eine Erhöhung des Sockelbetrags zur Förderung kommunaler Theater stärker finanziell zu unterstützen.

Begründung:

Es stellt eine große Ungerechtigkeit dar, dass das Land Niedersachsen die Theater in den Städten Hannover, Braunschweig und Oldenburg mit derzeit insgesamt etwa 110 Millionen Euro unterstützt und die sechs kommunalen Theater (wie das Theater Osnabrück) mit lediglich insgesamt 21,5 Millionen Euro. Wir fordern die Landesregierung dazu auf, diese Ungerechtigkeit zu beenden und die kommunalen Theater stärker zu fördern.

Votum der Antragskommission: Annahme

**Kreisverband Osnabrück-Land
(Antrags-Nr. 20)**

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert, Norbert Lammert als Kandidaten für das Bundespräsidentenamt vorzuschlagen.

Begründung:

Norbert Lammert MdB hat sich in seiner Zeit als Bundestagspräsident über alle Parteigrenzen hinweg ein großes Ansehen verschafft. Seine präsidiale Art hat ihn zu einem der besten Bundestagspräsidenten gemacht, die Deutschland je hatte. Seine besonnene Art, die er auch in Reden als Bundestagspräsident präsentiert, prädestinieren ihn für das höchste Amt im Staat.

Votum der Antragskommission: Nichtbefassung